

Antiziganismus und kumulative Diskriminierung im Westlichen Balkan und die deutsche Politik

Briefing Paper von Juni 2017

Was sind Antiziganismus und kumulative Diskriminierung?

Institutionen wie der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung, das Europäische Parlament oder die Europäische Kommission erkennen die Existenz von Antiziganismus als eine spezifische Form des Rassismus gegenüber Sinti und Roma an.

Antiziganismus ist ein historisch konstruierter, aber gegenwärtiger Alltagsrassismus gegenüber sozialen Gruppen, die unter dem Stigma „Zigeuner“ oder ähnlichen Begriffen zusammengefasst werden.

Eine Konsequenz des oftmals strukturellen Antiziganismus ist die kumulative Diskriminierung von Roma. Kumulative Diskriminierung ist eine sich gegenseitig verstärkende Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen, die sich über Generationen hinweg verfestigt haben kann.

Deutsche Regierung und Antiziganismus und Diskriminierung von Roma im Westlichen Balkan

Während Vertreter der Bundesregierung und des Bundestages in Stellungnahmen die Existenz und die Gefahren des Antiziganismus anerkennen, zeigt sich in Beurteilungen der Situation der Roma in den Ländern des Westlichen Balkans oft ein gegenteiliges Bild. Bestenfalls wird von einer „gesellschaftlichen Diskriminierung von Roma“ gesprochen.

Der weitverbreitete Antiziganismus und die systematische und kumulative Diskriminierung, die auch von staatlicher Seite ausgehen, werden verschwiegen. Die sich gegenseitig verstärkenden Diskriminierungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt, im Schulwesen oder im alltäglichen Leben und der Einfluss, den solche antiziganistischen Mechanismen über Generationen hinweg auf die Betroffenen haben, werden ignoriert.

Die deutsche Politik erkennt die Existenz und Gefahren von Antiziganismus und der daraus resultierenden kumulativen Diskriminierung von Sinti und Roma an – allerdings nicht in den Ländern des Westlichen Balkans, aus denen Roma nach Deutschland und in andere EU Mitgliedsstaaten fliehen.

Antiziganismus in der Politik gegenüber Roma im Westlichen Balkan

Die Fragen warum Roma im Durchschnitt ein viel niedrigeres Bildungsniveau erreichen, warum es unter den Roma eine extrem hohe Arbeitslosigkeit gibt, warum sie in Slums und Ghettos leben müssen, die es sonst so in Europa nirgends gibt, können nur beantwortet werden, wenn sich Politik und Gesellschaft ernsthaft mit Antiziganismus und der daraus resultierenden Diskriminierung und Ausgrenzung auseinandersetzen.

Antiziganistische Erklärungen, rassistisch verklärt zur „Roma-spezifischen Besonderheit“, finden sich häufig für den Mangel an gesellschaftlicher Partizipation von Roma. So wird ihnen unterstellt, sie würden formale Bildung weniger Wert schätzen und daher schlechtere Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen haben.

Obwohl sie „nur“ die Konsequenzen antiziganistischer Einstellungen und Diskriminierung sind, werden sie in der Politik zu Gründen für die desolante Situation der Roma verkehrt. Diese fundamentale Fehleinschätzung hat eine fehlgeleitete Politik zur Folge, die die eigentlichen, zugrundeliegenden Probleme ignoriert und so kaum zu einer Verbesserung der Lebenssituation von Roma führen kann.

Beispiel Kosovo: Arbeitsmarkt

Auf eine kleine Anfrage im Deutschen Bundestag zur Situation der Roma im Kosovo beantwortete das Deutsche Auswärtige Amt die Frage „Wie beurteilt die Bundesregierung die Lebenssituation der im Kosovo lebenden Roma?“ wie folgt:

Die „hohe Arbeitslosigkeit ist in der Republik Kosovo weiterhin das Hauptproblem, von dem (sic!) Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter aufgrund der geringen Schulbildung besonders betroffen sind.“ Die deutsche Bundesregierung ethnisiert damit nicht nur Bildungsdefizite und unterstellt auf subtile Weise ein Eigenverschulden oder Mitverantwortung der Minderheit, sondern schließt die hauptsächlichen Gründe für die Arbeitslosigkeit und auch für die Bildungsdefizite – Antiziganismus und Diskriminierung – aus.

Der öffentliche Dienst im Kosovo ist seit Jahren gesetzlich verpflichtet, die Beschäftigung von Minderheiten, gerade von Roma voranzutreiben. Sogar die Verfassung stellt diese Forderung auf. Allerdings kommen die öffentlichen Verwaltungen – von Ministerien in Pristina bis hin zur lokalen Verwaltung in den Gemeinden diesen gesetzlichen Vorgaben nicht nach. So gehörten 2013, nur 0,2 % der im Öffentlichen Dienst auf Staatsebene Angestellten, den Roma, Ashkali oder Kosovo-Ägyptern an.

Die Privatwirtschaft im Kosovo wird von Klein- und Mittelunternehmen dominiert, bei denen die Arbeitsplatzvergabe sehr stark von verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen geprägt ist. Damit ist auch der private Sektor für Roma kaum zugänglich. Antiziganismus und die daraus resultierende Diskriminierung, Missachtung der eigenen Gesetze und Klientelismus sind die Hauptursachen für die extrem hohe Arbeitslosigkeit unter Roma. Anstatt die tatsächlichen Ursachen zu benennen und zu bekämpfen, bezieht sich die deutsche Politik auf Klischees und antiziganistische Stereotypen. Ursache und Wirkung werden so verkehrt.

Wenn die Diskriminierung durch Behörden ignoriert wird, kann die deutsche Politik auch kein Ende dieser Diskriminierung einfordern.

Beispiel Kosovo: Wohnungsmarktpolitik

Auf die Frage „Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Wohnsituation der Roma im Kosovo vor?“, antwortete das Außenministerium wie folgt:

„Die schwierige sozio-ökonomische Situation spiegelt sich auch in der Wohnsituation der Roma-, Ashkali- und Kosovo-Ägypter-Gemeinschaften wieder. Sie variiert von einfachen kleinen Reihenhäusern/Einfamilienhäusern bis zu ärmlichen Hütten ohne regelmäßige Strom- und Wasserversorgung. In der Republik Kosovo bauen oder renovieren kosovarische Ministerien, internationale Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen im Rahmen zahlreicher Projekte Häuser und Wohnung für Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter.“

Um die tatsächliche Lage wiederzugeben, hätte das Außenministerium darauf hinweisen müssen, dass über 100.000 Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter nach dem Krieg zwangsweise den Kosovo verlassen mussten. Über 80 ihrer Siedlungen mit tausenden von Häusern wurden zerstört und in der Regel nicht wieder aufgebaut. Ferner wurden nach dem Krieg die Häuser ganzer Stadtviertel der Roma von Kosovo-Albanern illegal besetzt.

Diese Verbrechen an Roma schufen eine bis heute andauernde, prekäre Wohnungssituation, die durch weitere Faktoren noch verstärkt worden ist: Aufgrund der Unsicherheitslage konnten die geflüchteten Roma erst ab 2008 wieder in ihre Herkunftsorte zurückkehren. Sie profitierten kaum von den umfangreichen finanziellen Mitteln der Wiederaufbaumaßnahmen, die unmittelbar nach dem Krieg zur Verfügung standen und als die Vergabekriterien weniger strikt waren. Die über Jahre hinweg bestehenden Verpflichtungen der kosovarischen Verantwortlichen, informelle Siedlungen zu legalisieren, kamen sie kaum nach. Sozialer Wohnungsbau ist im Kosovo kaum vorhanden. Selbstverständlich gibt es Wiederaufbauprojekte, aber bei Weitem zu wenige. Nur in den seltensten Fällen werden ganze Nachbarschaften oder Viertel wieder aufgebaut.

Um Zwangsabschiebungen und Rückführungen von geflüchteten Roma zu rechtfertigen, leugnet die deutsche Regierung die massenhafte Zerstörung von Eigentum und Wohnraum der Roma in der Nachkriegszeit. Auch ihre Vertreibung und Benachteiligung beim Wiederaufbau wird (bewusst) verschwiegen. Viele Roma, die zwangsweise in den Kosovo zurückgeschickt worden sind, mussten den Kosovo wieder verlassen, da ihre Häuser zerstört, illegal besetzt sind oder unter Druck verkauft werden mussten.

Beispiel Kosovo: Straffreiheit für schwere Verbrechen an Roma

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die ungesühnten Verbrechen, die an Roma in der Nachkriegszeit im Zuge ihrer Massenvertreibung begangen worden sind. Weder die Täter noch die politisch Verantwortlichen wurden bis heute juristisch belangt. In vielen Orten im Kosovo sind Roma gezwungen weiterhin neben den Tätern zu leben.

Dies wird noch dadurch verstärkt, dass in der kosovarischen Öffentlichkeit, Roma heute noch als Handlanger und Kollaborateure des serbischen Regimes während des Krieges dargestellt werden, was impliziert, dass sie keine Berechtigung haben, im Kosovo zu leben.

Trotzdem werden Roma in den Kosovo zwangsweise zurückgeschickt.

Zusammenfassung

- Antiziganismus mit der daraus resultierenden, kumulativen Diskriminierung in allen Bereichen des Lebens, sowie Straflosigkeit für Gewalt und Verbrechen an Roma in der Nachkriegszeit bewirken die soziale Marginalisierung der Roma, die zu Zwangsmigration führt.
- Roma sind einer direkten und aktiven Diskriminierung durch staatliche Behörden ausgesetzt, die dazu führt, dass Roma den Kosovo verlassen müssen, da sie weder Arbeit noch Wohnraum bekommen.
- Die deutsche Bundesregierung leugnet die Diskriminierung. Wenn die deutsche Politik die Diskriminierung durch Behörden aber ignoriert, kann sie schwerlich ein Ende dieser Diskriminierung einfordern.